

WIRTSCHAFT

INTERVIEW ULRICH SILBERBACH

„Im Westen gibt es viel Solidarität“



Foto: M. Wolff

Ulrich Silberbach macht sich stark für einheitliche Arbeitszeiten.

Der Beamtenbund-Chef erwartet, dass West-Angestellte zugunsten des Ostens auf Lohnerhöhungen verzichten.

VON ANTJE HÖNING

DÜSSELDORF | Im Tarifstreit für den öffentlichen Dienst geht es nicht nur um mehr Geld für die Beschäftigten von Bund und Kommunen, sondern auch um die Angleichung von Ost und West. Darüber sprachen wir mit Ulrich Silberbach, Chef des Deutschen Beamtenbunds.

Herr Silberbach, 30 Jahre nach der Wiedervereinigung: Ist die Einheit im öffentlichen Dienst vollendet?

SILBERBACH | Leider nein. In den ostdeutschen Kommunen arbeiten die Beschäftigten im Schnitt 40 Stunden pro Woche, im Westen sind es 39. Das ist zwar nur eine Stunde mehr, hat aber einen hohen symbolischen Wert. Die Beschäftigten im Osten geben den Kommunen seit Jahrzehnten einen Zuschuss in Form von Mehrarbeit. Damit muss 30 Jahre nach der Einheit Schluss sein. Daher fordern wir eine Absenkung der Arbeitszeit auf West-Niveau.

Ein Zugeständnis für den Osten bedeutet im Umkehrschluss, dass der Westen an anderer Stelle weniger bekommt als sonst möglich, oder?

SILBERBACH | Tarifabschlüsse sind stets ein Gesamtpaket. Ich freue mich aber, dass es in dieser Frage viel Solidarität im Westen gibt. Das lese ich aus einer Befragung, die Forsa für den Beamtenbund durchgeführt hat: Danach finden nicht nur 88 Prozent der Ostdeutschen die Ungleichbehandlung sehr oder ziemlich ungerecht, sondern auch 66 Prozent der Westdeutschen. Vor allem Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes empfinden dies als sehr oder ziemlich ungerecht.

Was würde ein Ausgleich kosten?

SILBERBACH | Linear entspricht das etwa 0,2 oder 0,3 Prozentpunkten des Lohnzuwachses.

Und, sehen Sie ein Entgegenkommen der Arbeitgeber?

SILBERBACH | Die Arbeitgeber haben uns 30 Jahre nach der Einheit eine Angleichung

über weitere fünf Jahre angeboten: in zwei Schritten, je eine halbe Stunde weniger in 2023 und in 2024. So schürt man Enttäuschung über den Staat. Dann darf man sich nicht wundern, dass der Anteil der AfD-Wähler im Osten so hoch liegt.

Bundesweit haben Warnstreiks in Kliniken, Kitas und im Nahverkehr begonnen. Warum belasten Sie ausgerechnet in der Corona-Zeit die Bürger mit Arbeitskämpfen?

SILBERBACH | Weil der öffentliche Dienst für die Daseinsvorsorge zuständig ist, belasten Warnstreiks stets die Bevölkerung. Das ist uns bewusst. Doch dafür sind die kommunalen Arbeitgeber verantwortlich, die noch nicht einmal ein Angebot vorgelegt haben. Hier sollten Patienten, Eltern und Pendler ihren Ärger abladen. Das würde auch uns helfen.

Die Kommunen sagen, wegen Corona seien die Kassen leer ...

SILBERBACH | Die Kommunen haben über die Länder vom Bund Milliarden bekommen, um die Folgen der Pandemie abzufedern. Zudem geht es hier genau um die Menschen, die die Gesellschaft im Frühjahr noch beklatscht hat: um Krankenpfleger, Altenpfleger und Mitarbeiter im Gesundheitsdienst, in Ordnungsämtern und Jobcentern. Die Kollegen haben mehr Anerkennung verdient als nur Applaus.

Sie fordern 4,8 Prozent mehr Lohn für alle. Wäre es nicht besser, gezielt die Corona-Helden zu belohnen anstatt Lohnerhöhungen mit der Gießkanne zu verteilen?

SILBERBACH | Das hatten wir vorgeschlagen: Wir wollten einen Tarifvertrag mit kurzer Laufzeit bis Sommer 2021 und Einmalzahlung für alle sowie Sonderzahlung für besonders belastete Berufsgruppen, zum Beispiel im Gesundheitswesen und anschließend – wenn man auch die weitere Corona-Entwicklung überblicken kann – eine „normale“ Tarifrunde. Das hat die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) aber abgelehnt und fordert nun eine Laufzeit von 36 Monaten. Eine Provokation.

Was können Sie für die Beschäftigten im Gesundheitswesen nun tun?

SILBERBACH | Alten- und Krankenpfleger bei privaten Unternehmen erhalten 1500 Euro steuer- und abgabenfrei. Das müssen auch die Alten- und Krankenpfleger in kommunalen Einrichtungen bekommen. Sie leisten in der Pandemie ebenso viel.

Wie geht es weiter?

SILBERBACH | Die Arbeitgeber haben angekündigt, dass sie am 15. Oktober endlich ihr Angebot vorlegen. Vermutlich fällt das enttäuschend aus, so dass wir bis zum Beginn

der dritten Verhandlungsrunde am 22. Oktober den Druck nochmal erhöhen müssen. Wir fordern nicht nur 4,8 Prozent mehr Lohn, sondern auch mindestens 150 Euro und eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung. Es geht nämlich auch darum, den öffentlichen Dienst für den Nachwuchs attraktiv zu halten.

Was heißt das für die Bürger?

SILBERBACH | Bisläng verfolgt Verdi und wir eine Taktik der Nadelstiche. Vor dem 22. Oktober werden wir die Warnstreiks aber sicher ausweiten, um die Kompromissbereitschaft der Arbeitgeber zu erhöhen. Dazu gehören auch wieder Warnstreiks in Kitas und Kliniken.

Ihr Verhandlungspartner, VKA-Präsident Ulrich Mäde, ist neu im Amt. Macht das die Sache schwerer, zumal auch Ver.di-Chef Frank Werneke seine erste Tarifrunde hat?

SILBERBACH | Herr Mäde ist als Oberbürgermeister von Lüneburg ein erfahrener Kommunalpolitiker und Stratege. Wir hatten uns im Vorfeld zwar mehr Kooperationsbereitschaft erhofft, doch ich bin zuversichtlich, dass wir uns nach dem aktuellen Kräftemessen verständigen. Mancher Warnstreik in Lüneburg wird da vielleicht besonders hilfreich sein.

Antje Höning führte das Interview.

INFO

Ein Kölner an der Spitze des Beamtenbunds

Die Gewerkschaft Der Deutsche Beamtenbund vertritt 930.000 Beamte und 400.000 Angestellte im Bund, bei den Ländern und Kommunen.

Der Chef Ulrich Silberbach (geb. 1961 in Köln) führt seit 2017 den Beamtenbund. Er hatte seinen Berufsweg einst als Verwaltungsfachangestellter bei der Stadt Köln begonnen. Er lebt im rheinischen Bornheim.